

Feministische Debatten zu Frieden und Sicherheit

Autor(en): **Joos, Yvonne**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rosa : die Zeitschrift für Geschlechterforschung**

Band (Jahr): - **(2003)**

Heft 27

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-631750>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Feministische Debatten zu Frieden und Sicherheit

von Yvonne Joos

Im Mai fand in der Roten Fabrik in Zürich die vom cfd organisierte internationale FrauenFriedensKonferenz «womanoevres – Feministische Debatten zu Frieden und Sicherheit» statt. Es wurde nach den Ursachen für Unfrieden und Unsicherheit, nach Visionen von Frieden und nach Strategien feministischer Friedenspolitik gefragt. Die Betrachtung und Analyse gegenwärtiger Kriegs- und Unsicherheitspolitik durch die Genderbrille führte zu Feststellungen, Erklärungen, Fragen und Handlungsvorschlägen, die in den vom Malestream dominierten Diskussionen nicht vorkommen.

Was hat Militarismus mit Männlichkeit zu tun? Warum nimmt häusliche Gewalt gegen Frauen in Konfliktsituationen zu? Welche Interessen sind im Spiel, wenn Grenzen gezogen, «Eigenes» und «Fremdes» konstruiert werden? Bringen «Friedenstruppen» wirklich Frieden – oder was sonst? – Solchen und ähnlichen Fragen sind die rund zwanzig als Referentinnen eingeladenen Fachfrauen sowie die dreihundert Teilnehmerinnen und eine Handvoll Teilnehmer an der FrauenFriedensKonferenz «womanoevres» nachgegangen. Die Referentinnen betätigen sich als Friedensaktivistinnen, Akademikerinnen, Mitarbeiterinnen in Nichtregierungsorganisationen sowie Autorinnen und kamen aus unterschiedlichen geographischen und gesellschaftlichen Kontexten.

In den Inputs der Referentinnen stellten sich immer wieder Fragen nach den Ursachen der unfriedlichen Verhältnisse, nach der Rolle von Geschlechterverhältnissen in militarisierten Gesell-

schaften sowie nach feministisch-friedenspolitischen Gegenstrategien von Frauen. Ein wiederkehrendes Thema war das Zusammenspiel von Sexismus/Patriarchat, Militarismus, Nationalismus, Rassismus und Gewalt. Die Soziologin Uta Klein stellte beispielsweise fest, dass Gesellschaften umso sexistischer sind, je stärker ihre Militarisierung zunimmt. Jene Gesellschaften, in denen Frauen kaum in den Parlamenten sitzen und weitgehend von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen ausgeschlossen sind, tendieren verstärkt zu Gewalt und Unterdrückung von Frauen. Entsprechend wichtig ist es, immer wieder darauf zu pochen, dass Geschlechterdemokratie ein unabdingbarer Bestandteil von Demokratie ist – dies gilt auch für Wiederaufbau- und Demokratisierungsprozesse, wie sie momentan in Afghanistan und Irak im Gange sind. Ein Instrument zur Durchsetzung der Partizipation von Frauen in Friedensprozessen ist die UNO-Resolution 1325. Diese Resolution, die im Oktober 2000 vom Sicherheitsrat verabschiedet wurde, fordert völkerrechtlich verbindlich die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen von Friedensprozessen. Ausserhalb der Frauenfriedensbewegung ist sie allerdings nur wenig bekannt, ihr praktischer Nutzen wird sehr unterschiedlich eingeschätzt, und sie wird weder von der UNO selbst noch von ihren Mitgliedstaaten umgesetzt. Dies illustrierte Igballe Rogova, Leiterin des Frauenempowermentprojekts Motrat Qiriazhi in Kosova anhand ihrer Erfahrungen: Die UNO-Administration in Kosova wie auch andere internationale Organisationen wie z.B. die OSZE nehmen die lokalen Frauen(-organisationen) nicht ernst, sind an ihrem Wissen und ihrer Arbeit nicht interessiert und schlagen ihre Angebote zur Zusammenarbeit aus. Die Frauen müssen so einen Grossteil ihrer Energie investieren, um von den «Internationalen» überhaupt angehört zu werden – dies auf Kosten ihrer Friedensarbeit mit Frauen über die ethnischen Grenzen hinweg.

Veränderung und Re-traditionalisierung von Geschlechterrollen

Dass Lobbyarbeit für Rechte und Gesetze eine zentrale feministische Friedensstrategie sein muss, betonte Maha Abu-Dayyeh Shamas, Juristin und Direktorin des Women's Centre for Legal Aid and Counselling in Jerusalem. Denn die Schwächung oder gar der Abbau staatlicher Strukturen im Rahmen von Konflikten bedeutet immer auch eine Schwächung von Frauenrechten und Einengung der Handlungsspielräume von Frauen. An der Situation in Palästina lässt sich der – für die meisten



Engagierte Diskussion zu feministischer Friedenspolitik.

Konfliktsituationen charakteristische – Mechanismus von Verdrängung und Eingrenzung der Handlungsräume von Frauen bei gleichzeitig wachsenden Verantwortlichkeiten und Belastungen im Alltag exemplarisch ablesen. Die durch Arbeitslosigkeit ihrer Männer nötig gewordene Arbeit von Frauen im informellen Sektor verletzt die Ehre der Männer als Familienernährer und veranlasst sie oft zu Gewalt gegen ihre Familien. Frauen sind daher in Konfliktzeiten verstärkt auf den Schutz durch funktionierende Rechtssysteme auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene angewiesen.

Während also einerseits die traditionellen Rollen von Frauen und Männern in Konfliktsituationen verändert werden (Frauen übernehmen die Rolle der Familienernährerin), kommt es gleichzeitig zu einer Re-traditionalisierung der Geschlechterrollen (Frauen werden aus der Öffentlichkeit in die private Sphäre zurückgedrängt). Kriegsdienliche Geschlechterbilder konstruieren die Männer als Beschützer, die Frauen als zu Beschützte. Wenn Männer Frauen vergewaltigen, handelt es sich um eine Kommunikationsform unter Männern: Die einen halten den anderen ihre Unfähigkeit vor Augen, «ihre» Frauen zu beschützen. Solche Akte der Unterwerfung mittels Vergewaltigungen (mehrheitlich von Frauen, aber auch von Männern) sind kriegsstrategischer Natur, indem sie darauf abzielen, «den Gegner» zu demütigen und zu demoralisieren.

Ein Mittel zur Legitimierung militärischer Gewalt als Konfliktbearbeitungsstrategie in der Öffentlichkeit ist die «saubere» Sprache. Diese ist tunlichst darauf bedacht, Schmerz, Tod, Angst, Zerstörung und vor allem ZivilistInnen von den eigenen militärischen Aktivitäten zu trennen. Frei schwebende Ziele und verletzte Körper existieren im kriegslegitimierenden Diskurs unverbunden nebeneinander. In pseudoreligiöser Manier werden Opfer für einen höheren Zweck legitimiert, wie die Theologin Regula Grünenfelder analysierte. Gleichzeitig wird die Sprache sexualisiert: Bomben «penetrieren»; Länder, die keine Nuklearwaffen auf ihrem Gebiet stationiert haben, werden als «jungfräulich» beschimpft; eine neue Bombe mit ähnlicher Zerstörungskraft wie eine Atombombe (Massive Ordonance Air Blast) wird mit dem zweifelhaften Kosenamen «Mother Of All Bombs» versehen.

Feminismus kann nicht nationalistisch sein

Cynthia Cockburn, Forscherin, Publizistin und Aktivistin von Women in Black in London zog aus ihrer Arbeit mit Frauengruppen auf Zypern den Schluss, dass jede Art von Nationalismus dem

Verdacht des Rassismus ausgesetzt werden müsse. In dieselbe Richtung argumentierte Bernadette Devlin McAliskey, nordirische Menschenrechtsaktivistin, die Nationalismus und Feminismus für inkompatibel hält. Sie habe sich nicht selbst zur Nationalistin erklärt, sondern sei vom britischen Imperialismus dazu gemacht worden. Die Definition einer irischen Nation beurteilte sie als kritisch, da Nationalismus sich immer durch rassistische Kategorien definiere. Und Maha Abu-Dayyeh Shamas betonte, dass die Gründung eines ethnisch reinen palästinensischen Staates lediglich eine kurzfristige pragmatische Perspektive sei, da jeder Separierungsprozess Diskriminierung mit sich bringe.

Einig war man sich an der Konferenz, dass Frieden weder mit (militärischer) Gewalt noch durch das Ziehen von Grenzen materieller wie ideologischer Art zu erreichen ist. Schwieriger war es, konkrete Alternativen zum dominanten Sicherheitsbegriff zu formulieren, feministische Visionen ent-militarisierter Sicherheit in Worte zu fassen. Margo Okazawa-Rey, Mitbegründerin des «East Asia-U.S.-Puerto Rico Women's Network Against Militarism» und Professorin für Women's Studies in Kalifornien betonte die wichtige Rolle von (internationalen) Netzwerken von Frauen für die friedenspolitische Arbeit. Und sie stellte Fragen, die nicht abschliessend beantwortet werden konnten: Fragen nach den Subjekten von Veränderungsprozessen, nach deren Zielen und Mitteln. Damit wurde einmal mehr klar: Feministische Friedenspolitik ist ein ständiger Aushandlungsprozess, welcher der Vielfalt von Stimmen und Perspektiven gerecht zu werden versucht.

Referate und eine Bildergalerie der Konferenz sind im Internet zu finden: www.cfd-ch.org/womanoeuvres. Im November erscheint die rund 50-seitige Konferenzdokumentation. Aktuell ist auch das cfd-Dossier «Points de rencontre. Feministische Friedenspolitik».

Bestellungen und Infos: cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit, Gartenhofstr. 7, Postfach 9621, 8036 Zürich, 01 242 93 07, frieda@cf-d.ch.org, www.cfd-ch.org/frieda

AUTORIN

Yvonne Joos arbeitet bei der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit.